



**Interpellation von Michael Arnold, Philip C. Brunner, Peter Letter, Adrian Risi, Peter Rust und Beat Unternährer
betreffend Ordnungspolitisch zurück zur Eigenverantwortung – auch mit Corona
vom 14. April 2021**

Die Kantonsräte Michael Arnold, Baar, Philip C. Brunner, Zug, Peter Letter, Oberägeri, Adrian Risi, Zug, Peter Rust, Walchwil und Beat Unternährer, Hünenberg, haben am 14. April 2021 folgende Interpellation eingereicht und bitten um dringliche Beantwortung durch den Regierungsrat, möglichst zeitnah zum Postulat betreffend Corona und Schuldenwirtschaft – Zukunft mit Vernunft (Vorlage Nr. 3228.1 – 16577) der gleichen Absender:

Die Corona-Krise dauert nun mehr als ein Jahr mit grossen Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, der unternehmerischen Aktivitäten und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Im Kanton Zug läuft es im Umgang mit der Corona-Krise im Rahmen seiner Möglichkeiten und verglichen mit dem Bund gut. Jedoch erscheinen die Kantone in der jetzigen Situation vor allem Erfüllungsgehilfen des Bundes zu sein. Es ist ordnungspolitisch bedenklichen wie der Bund Corona-Massnahmen ohne wirklichen Einbezug der Kantone, des Parlaments und der Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beschliesst. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft sind immens. Wir befinden uns aktuell in einer Spirale von Einschränkungen, Wirtschaftshilfen und steigenden Schulden. Dies, ohne dass die Behörden eine klare Perspektive zum Ausstieg gibt, obwohl die Impfung der Risikogruppen voranschreitet.

Die Corona-Einschränkungen nehmen uns in den Würgegriff: finanziell und mental. Teilweise werden sie mit ungeheuer viel Steuergeldern abgefedert. Der Schuldenberg türmt sich in schwindelerregende Höhen. So wird uns und vor allem den kommenden Generationen, welche diesen Schuldenberg abtragen müssen, eine hohe Last aufgebunden. Aber eines Tages folgt die Rechnung, und die Schulden müssen zurückbezahlt werden. Inflationäre Entwicklungen, Steuererhöhungen und Sparpakete lassen sich dann wohl nicht verhindern. Wir müssen der Versuchung des Negativsumfelds widerstehen und uns von der Schuldenwirtschaft wieder verabschieden.

Es findet ein dramatischer Wandel der Gesellschafts- und Finanzpolitik in eine bedenkliche Richtung statt. Der Ruf nach immer mehr Staat hat durch die Corona-Krise weiteren Aufwind erfahren. Der Staat soll alles richten und agiert wie eine Vollkasko-Versicherung. Es wird mehr Geld ausgegeben, als vorhanden ist. Auch wenn voraussetzungslos gewährte Taggelder und grosszügig fliessende staatliche Hilfgelder noch so reizvoll sein mögen, müssen wir zurück zu den Werten finden, welche unseren heutigen Wohlstand und damit auch die wirklich nötige Hilfe bei wirtschaftlichen Krisen ermöglicht haben. Leistung muss sich wieder lohnen und wieder möglich werden. Rückbesinnung auf bewährte ordnungspolitische Grundsätze, welche den Erfolg der Schweiz und des Kantons Zug auszeichnen, ist angesagt: Eigenverantwortung, Sicherheit und Stabilität in einer austarierten föderalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Politik befasst sich kaum mit der Fragestellung, mit diesem (und anderen) Virus zu leben, unsere Zukunftsperspektive und persönlichen Freiheiten wiederzuerlangen sowie mit Leistung der Individuen den Wohlstand in unserem Land zum Wohle aller erhalten.

In diesem Zusammenhang stellen die Interpellanten dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Beobachtet der Regierungsrat auch eine Entwicklung des Gesellschaftsmodells und der Ordnungspolitik weg von der Verantwortung des Individuums hin zu einer Mentalität «der Staat richtet es schon»?
2.
 - a) Welche Rolle weist der Regierungsrat ordnungspolitisch dem Staat zu?
 - b) Ist es im Interesse des Regierungsrats, dass der Staat eine immer stärkere Rolle spielt, respektive zunehmend privatwirtschaftliche Aufgaben übernimmt, die persönlichen Freiheiten einschränkt und eine Vollkasko-Mentalität für die Bürger schafft?
 - c) Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass immer mehr staatliche Leistungen die Eigenverantwortung der Zivilgesellschaft negativ beeinflusst?
3. Welche Mittel sieht der Regierungsrat, um dieser Entwicklung weg von der Verantwortung des Individuums hin zu einer Mentalität «der Staat richtet alles» entgegenzuwirken?
4. Der Bund hat bisher rund 40 Milliarden Franken ausgegeben zur Bewältigung der Corona-Krise, und dies über Schulden finanziert.
 - a) Trägt der Regierungsrat die Besorgnis der Interpellanten, dass die Schuldenwirtschaft in diesem Umfang das Risiko von künftiger Inflation und somit Wohlstandseinbussen des Mittelstands mit sich bringt?
 - b) Ist der Regierungsrat auch betreffend die negativen Auswirkungen auf die kommende Generation besorgt, die diese Schulden in irgendeiner Form abtragen muss?
5. Wir haben den Eindruck, dass im persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben alles komplizierter wird. Es fehlt zunehmend der Pragmatismus in der Lösungsfindung. Es braucht ein freiheitliches und erfolgreiches Leben auch mit Pandemien. Dies ist jedoch nicht möglich, wenn sich alles in der Politik nur um Corona dreht. Der Regierungsrat scheint in der aktuellen Lage vor allem ausführend für den Bund zu agieren.
 - a) Welche Strategie und welche Ziele verfolgt der Regierungsrat, um eine positive Vision zu verfolgen, die nicht laufend die Staatsquote erhöht?
 - b) Wie will der Regierungsrat Chancen nutzen, Komplexität aus dem System zu nehmen mit mehr Pragmatismus?

Vielen Dank für die Traktandierung und möglichst zügige Beantwortung durch den Regierungsrat ohne Ausnutzung der maximalen Beantwortungsfrist.